



Kein Vorwärts in der Ukraine

Seit 25 Jahren ist die Ukraine von Russland unabhängig, seit 25 Jahren kämpft das Land um politische und wirtschaftliche Stabilität. Selten schienen diese aber ferner als jetzt, denn seit zwei Jahren befindet sich das Land faktisch in einem Bürgerkrieg. Ein Augenschein in Donezk und Kiew.

von Beatrice Bösiiger

Ein Brunnen im Stadtzentrum von Donezk. Er ist leer. Jugendliche haben ihn zur Halfpipe umfunktioniert. Auf BMX-Fahrrädern üben sie hier ihre neuesten Tricks. Um die Ecke werden auf einem Trödelmarkt Gemälde verkauft. Hoch im Kurs stehen Naturmotive: in Öl gemalte Seerosen, Herbstwälder und Stilleben mit Blumensträußen. Kaum etwas stört die Ruhe. Nur vor einigen wenigen Gebäuden stehen bewaffnete Kämpfer der selbsternannten Volksrepublik Donezk (DNR). Obwohl immer wieder auch im Zentrum Gefechtslärm aus den Voror-

ten zu hören ist, ist der bereits mehr als zwei Jahre dauernde Konflikt mit der Ukraine zur Routine geworden.

Staubschicht auf Bankomaten

Früher war Donezk, die Hauptstadt der ostukrainischen Oblast Donezk, eine Millionenmetropole. Heute weiss niemand genau, wie viele Menschen noch in der kriegsversehrten Stadt wohnen. Vor vier Jahren wurde sie noch für die Austragung der Fussball-Europameisterschaft modernisiert: Fastfoodketten eröffneten Filialen, ausländische Unternehmen siedelten sich an, Einkaufszen-

tren schossen in die Höhe. Vergilbte Werbeplakate sind alles, was heute davon geblieben ist. Hie und da überklebt mit einem Bild von Alexander Sachartschenko, dem «Ministerpräsidenten» der von Moskau unterstützten Volksrepublik. Mehr als 9400 Todesopfer hat der Konflikt in der Ostukraine seit seiner Eskalation im Frühjahr 2014 bislang gefordert. Immer noch sterben Zivilisten und Soldaten auf beiden Seiten. Entlang der fünfhundert Kilometer langen Kontaktlinie, welche Separatisten und ukrainische Truppen voneinander trennt, stehen sich Zehntausende gut bewaffne-



Das Tram fährt zwar noch durch die ostukrainische Metropole Donezk, aber die Bankomaten funktionieren schon lange nicht mehr und die Menschen sind mausarm.

ter Truppen in einem dicht besiedelten Gebiet gegenüber. Trotz Unterzeichnung des zweiten Minsker Friedensabkommens im Februar 2015.

Ohne finanzielle, militärische und humanitäre Unterstützung aus Russland könnten die DNR und die benachbarte selbsternannte Volksrepublik Luhansk (LNR) nicht überleben. Russland liefert die Waren, die in den Supermärkten gekauft werden. Währung und Zeitzone haben die Separatisten ebenfalls aus Moskau übernommen. So ganz gelingt die Trennung von der Ukraine jedoch nicht. Ein Beispiel: Da die Eisenbahn sowohl auf Seiten der Separatisten als auch auf dem von der Ukraine kontrolliertem Gebiet verläuft, arbeiten die Bahnangestellten an drei Tagen pro Woche für die Ukraine und an zwei Tagen für die DNR. Ihr Gehalt können die Angestellten jeweils nur auf Umwegen, nach Überque-

rung der Checkpoints, beziehen, denn die Volksrepubliken wurden aus dem Bankensystem ausgeschlossen. Auf den zahlreichen Bankomaten in Donetsk liegen dicke Staubschichten. Ukrainische Unternehmen, welche Geschäfte mit den Separatisten im Osten machen, stehen im Vorwurf, Terroristen zu finanzieren. Zudem hat Kiew die selbsternannten Volksgebiete mit einer Wirtschaftsblockade belegt und überweist weder Gehälter noch Sozialleistungen.

1,8 Millionen Binnenflüchtlinge

Vor allem wegen der anhaltenden Blockade ist der Unmut im Donbass auf Kiew gross. Die Menschen fühlen sich im Stich gelassen und vergessen. Kritiker sind aber längst verstummt. Gegner der neuen Machthaber haben die DNR längst verlassen. «Wer noch dort lebt und eine andere Meinung hat, schweigt lie-



Grafik: SODP

Im Osten der Ukraine kontrollieren prorussische Separatisten die Oblasten Donezk und Luhansk. Die Krim wird faktisch von Russland kontrolliert, während die Ukraine sie noch immer als autonome Republik des eigenen Staatsgebietes sieht.



Foto: zVg

Maria Kalus:

«Auf Flüchtlinge aus dem Donbass wurde teilweise sogar aggressiv reagiert»

ber», sagt die junge Journalistin Maria Kalus, die von Donezk nach Kiew gezogen ist. Gemäss Angaben des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Uno wurden in der Ukraine seit Ausbruch des Bürgerkriegs rund 1,8 Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen. Kiew muss diese integrieren. Die finanzielle Unterstützung von umgerechnet 20 bis 25 Euro im Monat, die es vom Staat gibt, reicht diesen Menschen aber kaum zum Leben. Und die bürokratischen Hürden dafür sind sehr hoch. Manchmal dauert es laut Hilfsorganisationen mehrere Monate, bis die Auszahlung der Gelder anläuft.

Maria Kalus hatte Glück. In Kiew fand sie bald Arbeit als Journalistin. Der Neuanfang ist ihr trotz des Konflikts leicht gefallen. Ihre Jugend sei sicher ein Vorteil, räumt sie ein. Woher man kommt, interessiert heute kaum mehr. Vor zwei Jahren war dies anders. «Auf Flüchtlinge aus dem Donbass wurde teilweise sogar aggressiv reagiert», erzählt sie. Was die Situation erleichtert, ist, dass die Migration nicht sichtbar ist. «Wir sind alle Ukrainer», sagt auch Dmitri Kortschak, der in der staatlichen Regionalentwicklung arbeitet.

Die Unzufriedenheit über die prekäre wirtschaftliche Lage im gesamten Land ist dagegen um einiges grösser. Die Uk-

raine befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise und ist auf Kredite von internationalen Geldgebern wie den USA, der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Als Gegenleistung fordern diese von der ukrainischen Regierung aber schmerzhaft Reformen: eine Anhebung des Pensionsalters oder die Streichung staatlicher Subventionen für die Haushaltsenergiekosten. Der Krieg im Osten und der Verlust Russlands als wichtigster Handelspartner haben dazu geführt, dass der Lebensstandard der Menschen gesunken ist. Der Durchschnittslohn lag im April 2016 noch umgerechnet bei knapp über 160 Euro. 2013 waren es noch rund 300 Euro gewesen. Vom Freihandelsabkommen mit der EU, welches Anfang 2016 in Kraft getreten ist, vermag die Wirtschaft noch nicht zu profitieren. Das Investitionsklima ist schlecht, die Rechtsunsicherheit hoch. Vor diesem Hintergrund sinken die Zustimmungsraten für Präsident Petro Poroschenko. Fast 70 Prozent gaben in einer Umfrage Misstrauen gegenüber dem Staatsoberhaupt an. Enttäuschung herrscht vor allem über die quälende Reformresistenz ukrainischer Politiker. Im vergangenen Herbst hatte der IWF deswegen bereits die Auszahlung einer Kredittranche ausgesetzt. Wichtiger als ohne Visum in die EU reisen zu können, wären Arbeitsplätze im eigenen Land, heisst es.

Kein Ende der Korruption

Kritik an der Regierung üben auch viele, die im November 2013 auf dem Maidan in Kiew standen und gegen das alte, korrupte Regime unter Ex-Präsident Viktor Janukowitsch demonstrierten. Nach wie vor würden weite Teile der ukrainischen Wirtschaft von Oligarchen kontrolliert, immer noch dominieren die Seilschaften der alten Eliten die Politik, kritisiert auch Taras Tschornowil, Politologe und ehemaliger Parlamentsabgeordneter aus der westukrainischen Stadt Lwiw. Seit ihrer Unabhängigkeit 1991 kämpft die Ukraine mit denselben Problemen. Korruptionsbekämpfung, Justizreform und Privatisierungen kommen seit 25 Jahren nicht voran. «Niemand hätte sich zu Beginn der Proteste auf dem Maidan vorstellen können, dass für die Ukraine ein derart langer und schmerzvoller Weg beginnt», erinnert

sich Hanna Hopko, ehemalige Maidan-Aktivistin aus Lwiw und nun Parlamentsabgeordnete. Entzündet hatten sich die Bürgerproteste im November 2013 an der Frage, ob sich die Ukraine künftig enger an Europa oder an Russland anschliessen sollte. Die damalige Regierung unter Ex-Präsident Viktor Janukowitsch hatte überraschend die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union verschoben. Proeuropäische, aber auch rechtsradikale Demonstranten errichteten daraufhin auf dem Maidan, mitten in der Kiewer Innenstadt, eine Zeltstadt,



Foto: Beatrice Bösigger



Auf dem Maidan begann alles: Ab November 2013 errichteten proeuropäische, aber auch rechtsradikale Kräfte auf dem zentralen Platz Kiews eine Zeltstadt und hielten monatelang auch bei eisiger Kälte durch, bis der korrupte Präsident Janukowitsch fluchtartig das Land verliess.

die sich trotz exzessiver Polizeigewalt während mehreren Wochen nicht auflöste. Im Gegenteil: Die «Revolution der Würde», forderte eine Ablösung des korrupten Regimes. Ein Gefühl von «Jetzt oder nie» hätten sie damals verspürt, erzählt Dimitri Kortschak, der damals in Lwiw studierte und gemeinsam mit seinen Freunden regelmässig in die Hauptstadt fuhr, um auf dem Maidan zu demonstrieren.

Mitte Februar 2014 sass er im Zug von Lwiw nach Slawutytsch, 180 Kilometer nördlich von Kiew, um dort den Geburtstag seines Vaters zu feiern, als die

Fahrt abrupt mitten auf einem Feld endete. Die Regierung stoppte alle Verbindungen aus der Westukraine, damit die Protestierenden keine zusätzliche Unterstützung nach Kiew holen konnten. Dort lieferten sich Demonstranten und Sicherheitskräfte gerade heftige Strassenkämpfe. Scharfschützen schossen in die Menge. Innerhalb von drei Tagen starben mindestens 77 Menschen. Wenig später verliess Präsident Janukowitsch fluchtartig das Land und setzte sich in die südrussische Stadt Rostow am Don ab. Unmittelbar danach begann Russland mit der Annexion der Halbinsel

Krim, die inzwischen wieder Russland angehört, und prorussische Separatisten besetzten im Osten der Ukraine Gebäude der lokalen Administration und riefen die Volksrepubliken in Donezk und Luhansk aus.

Immer tiefere Gräben

Die damaligen Ereignisse führten dazu, dass in der ukrainischen Gesellschaft nun die ukrainische Identität stärker betont wird, meint der einstige Parlamentsabgeordnete Taras Tschornowil. Früher waren es die Kultur und die Geschichte der Sowjetunion, die eine ge-



Foto: zVg

Dimitri Kortschak:

«Seit ihrer Unabhängigkeit vor 25 Jahren hatte die Ukraine noch keine Regierung, auf welche die Bürger stolz sein konnten»

meinsame Klammer für die Menschen aus dem Westen und dem Osten der Ukraine bildeten und worauf sie sich beziehen konnten. Besonders ausgeprägt waren die Verbindungen nach Russland schon immer im Donbass, dessen Zentrum Donezk ist. Immer noch wird in der traditionellen Machtbasis von Ex-Präsident Janukowitsch der Stolz auf die Vergangenheit als Industrieregion, auf die Schwerindustrie und Hochöfen hochgehalten. In der Westukraine waren dagegen ukrainischer Nationalismus und die Integration in Europa schon früher populärer. Anlass für Konflikte bietet insbesondere das unterschiedliche Geschichtsbild, das durch Politik und mediale Propaganda instrumentalisiert

wird. So fürchten die Menschen im Donbass, dass sie unter der jetzigen ukrainischen Regierung dem Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg nicht mehr gedenken können. Die Separatisten und die russischen Medien sprechen von einem «faschistischen Putsch» und einer «Junta», die in Kiew nun an der Macht sei.

Streit in Familien

Vor allem das Verhältnis zwischen Ukraine und Russland hat durch die Propaganda stark gelitten. Dabei sind die Verflechtungen zwischen den beiden Ländern auch im familiären Bereich traditionell sehr eng. Nun heisst es, man sei im Krieg, Russland ein Aggressor. Immer wieder ist von Streit zwischen Ver-

wandten zu hören, Kontakte werden abgebrochen. Auch Dimitri Kortschak und seine Frau, die russische Staatsbürgerin ist, haben beschlossen, das Thema «Politik» aus ihren Diskussionen lieber auszuklammern.

Bis die tiefen Gräben, die sich in manchen Familien und Partnerschaften geöffnet haben, wieder geschlossen sind, ist es noch ein weiter Weg. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Die Herausforderungen für die ukrainische Regierung sind gross. Die Umsetzung des Minsker Friedensabkommens stockt. Kiew wirkt in Bezug auf die selbsternannten Volksrepubliken ratlos. Ein nächster Schritt wäre die Verabschiedung einer Verfassungsänderung, welche den besetzten Gebieten im Donbass eine grössere Autonomie gewähren soll. Politisch ist diese im Parlament jedoch kaum durchsetzbar. Denn danach sollen in der DNR und LNR Wahlen stattfinden, und damit könnten sich die Separatistengebiete weiter konsolidieren, wird befürchtet. Ausserdem: Solange die Separatisten an der Macht bleiben, ist für Oppositionelle wie die Journalistin Maria Kalus eine Rückkehr nach Donezk undenkbar. Und: Das Urteil von Dimitro Kortschak gegenüber der Politik fällt hart aus. Er liebe sein Land, aber: «Seit ihrer Unabhängigkeit vor 25 Jahren hatte die Ukraine noch keine Regierung, auf welche die Bürger stolz sein konnten.» ■

Immer wieder der Maidan

Der Maidan-Platz im Herzen Kiews stand im Herbst 2013 nicht zum ersten Mal im Zentrum der Auseinandersetzung. Noch bevor die Ukraine im Oktober 1990 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärte, begannen hier Studenten einen Hungerstreik und forderten, dass die Ukraine den Rückzug von den Verhandlungen um einen neuen Unionsvertrag erklärte, mit dem Michail Gorbatschow die dahinsiebelnde Sowjetunion retten wollte. Die Versuche der Regierung, die Proteste aufzulösen, erwiesen sich auch damals als vergeblich. Nach einem Putschversuch im Au-

gust 1991 durch kommunistische Hardliner gegen Gorbatschow stimmte das Kiewer Parlament am 24. August für die Unabhängigkeit des Landes, was später in einem Referendum bestätigt wurde. Zum Präsidenten wurde Leonid Krawtschuk gewählt, der 1994 von Leonid Kutschma abgelöst wurde. In dessen Regierungszeit fallen viele der umstrittenen Privatisierungen ukrainischen Staatseigentums. Davon profitierten die Oligarchen, die einen immer verheerenderen Einfluss auf die Politik gewannen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 traten

dann der Reformer Viktor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch, ein Vertreter des oligarchisch geprägten Regimes, gegeneinander an. Im Wahlkampf wurde Juschtschenko Opfer einer bis heute nicht aufgeklärten schweren Dioxinvergiftung. Nach einer gefälschten Wahl erklärte sich sein Rivale Janukowitsch zum Sieger. Darauf entlud sich auf dem Maidan erneut die Empörung der Bevölkerung: Die «Orangene Revolution» führte dazu, dass die Wahl wiederholt und Juschtschenko zum Präsidenten gewählt wurde. Er schaffte es allerdings

nicht, das erworbene Vertrauen in politische Erfolge umzusetzen. Mit Julia Timoschenko, seiner engsten politischen Weggefährtin, kam es zum Zerwürfnis, und die fehlende Aussöhnung mit der Opposition führte zu einem politischen Stillstand. Auch im Kampf gegen die Korruption gab es kaum nennenswerte Fortschritte. 2010 wurde der einstige Hoffnungsträger abgewählt und von Janukowitsch abgelöst. Dieser blieb Präsident, bis ihn 2014 wiederum eine Revolution auf dem Maidan aus dem Amt fegte.

Beatrice Bösigler